



Geld für Demenzstrategie bewilligt

Baselbiet | Regierung sieht noch Handlungsbedarf bei Wissensvermittlung

Zur kantonalen Umsetzung der nationalen Demenzstrategie hat der Kanton Baselland mit drei Organisationen Leistungsvereinbarungen abgeschlossen. Die Regierung hat dazu für 2018 bis 2021 insgesamt 600 000 Franken bewilligt.

sda. Das Geld fliesst für Leistungen der Alzheimervereinigung beider Basel, des Netzwerks Demenz beider Basel und des Roten Kreuzes Baselland, wie die Regierung gestern mitteilte. Die Vereinbarungen treten rückwirkend per Anfang Jahr in Kraft, wie beim Amt für Gesundheit zu erfahren war. Die Massnahmen sind gemäss Regierung mit dem Kanton Basel-Stadt abgestimmt.

Konkret werden gemäss einer Antwort zu einem Postulat aus dem

Landrat die Beratungen der Alzheimervereinigung mit maximal 100 000 Franken pro Jahr unterstützt, das Netzwerk Demenz mit jährlich 350 000 Franken sowie das Rote Kreuz Baselland mit 150 000 Franken pro Jahr. Die Ausgaben sind im Aufgaben- und Finanzplan berücksichtigt. Die Vereinbarungen werden nicht automatisch verlängert.

Eine durch die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) eingesetzte Arbeitsgruppe mit Vertretern von Leistungserbringern und Gemeinden soll im Weiteren die Umsetzung der Demenzstrategie eng begleiten. In der Schweiz leben schätzungsweise 110 000 Menschen mit einer Demenzerkrankung. Bund und Kantone hatten 2013 eine nationale Demenzstrategie verabschiedet.

Die VGD erachtet aufgrund der Resultate einer Gemeindebefragung die Versorgung im Baselbiet als gut. Nicht in allen Gemeinden werde Demenz aber in den Versorgungskonzepten berücksichtigt; teilweise bestünden keine Konzepte. Handlungsbedarf gebe es zudem bei der Wissensvermittlung. Auch bestehe der Wunsch nach Entlastungsangeboten.

Die Demenzstrategie sieht den Ausbau individualisierter Informations- und Sozialberatungsangebote für Betroffene vor sowie den Auf- und Ausbau von Entlastungsangeboten für Personen, die Erkrankte zu Hause betreuen. Dazu kommt die Förderung der demenzgerechten Versorgung von der Früherkennung und Diagnostik bis hin zur Optimierung der stationären Langzeitpflege und -betreuung.